

Erhard Crome

Sozialismus – Postsozialismus – Nationalismus

Mein Thema umfasst drei Teile, die ich relativ selbständig behandeln werde.

I.

Zunächst ist das Sozialismus-Problem gestellt. Vermeintlich handelt es sich hier um einen „toten Hund“, über den zu reden nur noch eine Angelegenheit der Betrachtung der Vergangenheit zu sein scheint. Das täuscht. Die Linke diskutiert weltweit im Kontext der Bewegung des Weltsozialforums oder des Europäischen Sozialforums wieder Alternativen zu der gegenwärtigen Welt des Neoliberalismus, und dabei taucht auch die Frage nach Sozialismus wieder auf. Insofern gilt es, zurückhaltend zu sein. Das, was da heute diskutiert wird, ist kein Wiedergänger dessen, was in der DDR und in ganz Mittel-, Südost- und Osteuropa 1989/1991 untergegangen ist. Im Rahmen der Ringvorlesung: „Die Osterweiterung der Europäischen Union“ allerdings ist über das kommunistische Herrschaftssystem sowjetischen Typs zu reden, sein Scheitern, seinen Untergang und seine Folgen.

An dieser Stelle muss ich eine theoretische bzw. terminologische Abgrenzung vornehmen. Der Begriff „kommunistisch“ wird von mir weder pejorativ noch nur auf den kommunistischen Parteitypus bezogen benutzt. Er beschreibt präzise das, was da von 1917 bzw. 1945 bis 1989/91 absolviert wurde. Ich folge hier einer theoretischen Unterscheidung von Sozialismus und Kommunismus, wie sie vor dem Hintergrund der europäischen Geistesgeschichte sinnvoll ist: Der ursprüngliche Unterschied zwischen Sozialismus und Kommunismus ist nicht der, der von Marx kam und später unter Stalin dogmatisiert wurde, nämlich einer von zwei Phasen innerhalb der Gesamtentwicklung einer neuen, nachkapitalistischen Gesellschaftsformation. Die ursprüngliche Differenz, wie sie Mitte des 19. Jahrhunderts in Europa allgemein bekannt war, ist die zwischen zwei unterschiedlichen politischen und Gesellschaftskonzepten: danach sind *Kommunisten* jene, die die soziale Frage, die mehr oder weniger drückende Kluft zwischen arm und reich, durch die Enteignung allen wichtigen Produktiveigentums in der Gesellschaft und dessen Vergemeinschaftung lösen wollen; *Sozialisten* dagegen sind jene, die die soziale Frage zu lösen bemüht sind, indem sie das Kapital einer gesellschaftlichen Kontrolle unterstellen. Sie wollen über Gesetz und Staat dafür sorgen, dass das Kapital der Arbeit untersteht, und nicht umgekehrt.¹

Danach ist *Kommunismus* die Herstellung einer *Gemeinschaftsordnung*, die auf dem Prinzip der Abschaffung des persönlichen Produktivvermögens bzw. Eigentums beruht, *Sozialismus* dagegen eine *Gesellschaftsordnung*, die die Institutionen der Gesellschaft nicht abzuschaffen, sondern zu nutzen trachtet, um sie den Interessen der Mehrheit, die nicht über großes Kapitaleigentum verfügt, nutzbar zu machen. Soziale Demokratie, demokratische politische Verhältnisse, Rechtsstaat und Wohlfahrtsstaat sind die modernen Gestalten, in denen eine politisch erwirkte Kontrolle über die Kapitalverwertung – entsprechende Mehrheitsverhältnisse in der Gesellschaft bzw. der Wählerschaft vorausgesetzt – im Interesse der Mehrheit der Gesellschaftsmitglieder sich erreichen lassen kann, um eine Dominanz der Lebensinteressen der Menschen gegenüber den Kapitalinteressen herzustellen. Insofern bleibt zunächst festzuhalten: Die Geschichte hat 1989 ihr Urteil gesprochen über den Kommunismus als eine Gemeinschaftsordnung, nicht über Sozialismus als Gesellschaftsordnung.

Zunächst will ich nun einige Anmerkungen zum historischen Ort jenes untergegangenen kommunistischen Systems machen. Bereits diese Frage ist ja oft umstritten. Theoretische Begründungen, weshalb Staatssozialismus nicht zu verwirklichen sei, sind so alt, wie die kommunistischen Konzeptionen selbst. Im Kontext der russischen Oktoberrevolution verwies beispielsweise Max Weber darauf, dass moderne Gesellschaften, wie man heute sagen würde, durch funktionale Differenzierung gekennzeichnet sind, zumindest „das staatlich-politische und privat-wirtschaftliche Beamtentum ... als getrennte Körper nebeneinander stehen und man daher durch die politische Gewalt die wirtschaftliche immerhin im Zaum halten kann“, im Staatssozialismus dagegen wären „beide Beamtenschaften ein einziger Körper mit solidarischen

¹ Vgl. : Peter Ruben: Die kommunistische Antwort auf die soziale Frage, in: Berliner Debatte Initial, Heft 1/1998, S. 5ff.

Interessen und gar nicht mehr zu kontrollieren“² – und deshalb könne eine solche Gesellschaft nicht funktionieren. Derartige Einwendungen haben dem damaligen Einfluss des kommunistischen Ansatzes keinen wirklichen Abbruch tun können, solange der Glaube an seine Realisierbarkeit in relevanten Teilen der Arbeiterschaft sowie der Intellektuellen verbreitet blieb und in den kommunistischen Parteien seinen politischen Ausdruck fand. Offenbar gehörte der Kommunismus zu jenen historischen Erscheinungen, die nur in der Praxis ‚zu widerlegen‘ waren.

Eine Untersuchung des 1989/1991 zusammengebrochenen Herrschaftssystems kann es nicht dabei bewenden lassen, mittels eines quasi umgestülpten Marxismus sein ‚gesetzmäßiges‘ Scheitern von Anfang an zu behaupten, wie es in nachwendischer Publizistik immer wieder gern getan wurde, sondern es sind seine historischen Entstehungsgründe in den Blick zu nehmen. Das Geborensein aus den Gemetzeln des Ersten Weltkrieges und der sektenmäßige Geheimbundcharakter der Partei der Bolschewiki, deren Voraussetzung wiederum die Verfolgungen durch die zaristische Geheimpolizei waren, hatten der realen Umsetzung jenes kommunistischen Versuchs unter Führung Lenins ab 1917 ihren Stempel aufgedrückt und das von den Kommunisten geschaffene Herrschaftssystem bis zu seinem Untergang 1989/1991 geprägt. Insofern war das kommunistische System eines der bleibenden Resultate des Ersten Weltkrieges, und es wurde einer der wesentlichen Akteure des 20. Jahrhunderts.

Die historischen Voraussetzungen des kommunistischen Herrschaftssystems waren:

1. Die soziale Frage hatte seit den 1830er Jahren die Gestalt der Arbeiterfrage angenommen: wie nehmen die Vermögenslosen, die ihr Einkommen durch Lohnarbeit erwerben, an der modernen, d.h. industriell fundierten Gesellschaft teil? Das hatte eine soziale Dimension, hier ging es um Löhne und Einkommen, soziale Sicherheiten, Absicherung der Familien, Wohnung, Bildung, Zugang zur Kultur. Und es hatte eine politische Dimension, hier standen das allgemeine Wahlrecht, Freiheitsrechte und Partizipationsrechte auf der Tagesordnung, am Ende die Frage nach der Macht im Staate. Die sozialistische Revolution, wie Marx, Engels, Lassalle und andere sie erwartet hatten, sollte beide Probleme lösen, durch Übernahme der Macht durch die Partei der Arbeiter und durch Enteignung der Kapital-eigner. Die „Sozial-Demokratie“ war der politische Ausdruck dieses Bemühens, die soziale Frage im Sinne der Arbeiter und insgesamt der unteren sozialen Schichten zu lösen. Innerhalb der sozialdemokratischen Partei, zumal der deutschen, ging seit den 1890er Jahren der Streit darum, ob im Zweifels-falle das Primat bei der Demokratie liegen solle, die nach Wahlen und Mehrheiten fragt, wenn es um die Macht geht, oder ob die Revolution im Sinne der raschen Enteignung der Kapitalisten Vorrang haben müsse vor demokratischen Spielregeln.
2. Der erste Weltkrieg wurde als eklatante Verschärfung aller inneren Widersprüche des kapitalistischen Wirtschaftssystems und der es begleitenden politischen Systeme angesehen. Lange vor dem Ersten Weltkrieg war Allgemeingut innerhalb der Arbeiterbewegung, was August Bebel wie folgt formuliert hatte:

„Nimmt man ... die furchtbaren Störungen und Verwüstungen, die künftig ein europäischer Krieg auf wirtschaftlichem Gebiet anrichtet, so darf man ohne Übertreibung sagen: der nächste große Krieg ist der letzte Krieg... Der politisch-militärische Zustand Europas hat eine Entwick-lung genommen, die leicht mit einer großen Katastrophe endigen kann, welche die bürgerliche Gesellschaft in den Abgrund reißt. Auf der Höhe ihrer Entwicklung hat diese Gesellschaft Zustände geschaffen, die ihre Existenz unhaltbar machen, sie bereitet sich den Untergang mit Mitteln, die sie selbst erst als die revolutionärste aller bisher da gewesenen Gesellschaften schuf.“³

In diesem Sinne erschien der erste Weltkrieg als die erwartete, vom Kapitalismus und seinem Imperi-alismus hervorgerufene Katastrophe, aus der „der Sozialismus“ als die Erlösung hervorgehen musste.

3. Die Mehrheitssozialdemokraten hatten sich in Deutschland, Frankreich, Russland und anderen Staa-ten angesichts des Krieges 1914 auf die Seite ihrer respektiven Regierungen und deren Kriegsführung gestellt, was die Linken ihnen folgerichtig politisch zum Vorwurf machten. Von jenem „Verrat“ 1914 her datiert denn auch die Spaltung der Arbeiterbewegung, die in der kommunistischen Strömung ab

² Max Weber: Der Sozialismus, in: Ders.: Schriften zur Sozialgeschichte und Politik, hrsg. Michael Sukale, Stuttgart: Reclam Verlag 1997, S. 248.

³ August Bebel: Die Frau und der Sozialismus, Stuttgart: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. 1913 (nach der 50. Auflage von 1909), S. 318f.

1918/19 – neben der fortexistierenden Sozialdemokratie bestehend – dann ihren organisierten politischen Ausdruck fand.

4. Die Verheißungen von der neuen Gesellschaft waren seit Marx von der Vorstellung geprägt, dass Markt und Profit negativ besetzt seien und abgeschafft gehören und dass „sozialistische Planwirtschaft“ als realisierte Wissenschaft möglich sei. So hatte August Bebel – den ich hier noch einmal als international anerkannten Parteiführer der alten Sozialdemokratie zitiere – geschrieben: „Die Menschheit wird in der sozialistischen Gesellschaft, in der sie erst wirklich frei und auf ihre natürliche Basis gestellt ist, ihre Entwicklung mit Bewusstsein lenken... Der Sozialismus ist die auf allen Gebieten menschlicher Tätigkeit angewandte Wissenschaft.“⁴ Kommunistische Bewegung und alte Sozialdemokratie unterschieden sich demzufolge nicht grundlegend in ihren Vorstellungen von der ‚Gesetzmäßigkeit‘ gesellschaftlicher Entwicklung, Abschaffung von Markt und Profit usw., sondern sie unterschieden sich in der Betonung der Mittel – Demokratie vs. gewaltsame politische Revolution – und in der Bewertung ihrer politischen Handlungen im und nach dem Ersten Weltkrieg, was sich als Konfliktlinie innerhalb der Linken bis zum Ende des 20. Jahrhunderts zog.
5. Die russischen Bolschewiki, nach der Oktoberrevolution 1917 einmal an der Macht, lösten auf Geheiß Lenins im Januar 1918 die gewählte Verfassungsgebende Versammlung Russlands auf. Damit blieb der errichteten Sowjetmacht, typologisch jeder seither errichteten Macht kommunistischen Typs, der Verzicht auf die Gewinnung der numerischen Mehrheit innerhalb der ‚eigenen‘ Bevölkerung eingeschrieben. Rosa Luxemburg sah sehr hellsichtig die darin für die sozialistische Bewegung liegende Gefahr und warf den Führern der russischen Revolution, Lenin und Trotzki, die Abschaffung der Demokratie (in Gestalt der Auflösung der Konstituante) vor, die zu einem „Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande“ und schließlich zu einer Diktatur, nicht des Proletariats, sondern „einer Handvoll Politiker“ führen werde.⁵

Zusammenfassend lässt sich somit zunächst feststellen: (1) die Gemetzel des Ersten Weltkrieges und die darin zum Ausdruck kommende verbrecherische Macht- und Profitgier der alten herrschenden Klassen, (2) die Marx’schen Voraussagen von der neuen Welt nach der erfolgreichen Revolution, die die Erlösung von den Übeln jener kapitalistischen Welt des Krieges und der Ausbeutung bringen werde, (3) der chauvinistische Verrat der Führer der alten Sozialdemokratie, (4) die Wahrnehmung dieser drei Entwicklungen in der Perzeption jener Linken, die aus der Spaltung der Arbeiterbewegung hervorgegangen waren, und (5) die Logik der diktatorischen Machtausübung in Russland, die nach der zahlenmäßigen Mehrheit in der herrschaftsunterworfenen Bevölkerung nicht fragte, wurden zu Entstehungsbedingungen des kommunistischen Herrschafts- und Gesellschaftssystems.

Ich will den Blickwinkel jedoch noch einmal verändern und die Frage nach den konstituierenden Elementen des kommunistischen Herrschaftssystems unter systematischer Perspektive stellen. Dann ergibt sich:

1. Die utopische Verheißung von der schönen neuen Welt, die grundlegend unterschieden sei von der des schnöden Kapitalismus und die hier und jetzt (d.h. 1917 oder 1944/45) begonnen habe, blieb Moment des kommunistischen Herrschaftssystems bis zu seinem Dahinscheiden. Es war seine unhintergehbare Letztbegründung.
2. Die kommunistische Staatspartei leitete ihr Selbstverständnis daraus ab: (1) ‚gesetzmäßig‘ vollziehe sich der ‚Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus‘; dies sozial zu tragen sei (2) die ‚historische Mission‘ der Arbeiterklasse; es politisch zu realisieren sei (3) Auftrag der kommunistischen Staatspartei, die sich als „der bewußte und organisierte Vortrupp der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes“⁶ definierte. Sie war in der Leninschen Tradition (4) nach dem Prinzip des ‚demokratischen Zentralismus‘ hierarchisch von oben nach unten organisiert. Das hatte zur Folge, dass die Parteiführung auf demokratischem, statuarischem Wege nicht absetzbar war. Politische Kämpfe hatten die Gestalt byzantinischer Palastrevolten, in deren Ergebnis – bis auf Chruschtschow – die unterlegene Seite in der Regel erschossen wurde. Später dann verschwanden die Unterlegenen im politischen

⁴ August Bebel, a.a.O., S. 508.

⁵ Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution, in: Dies.: Gesammelte Werke, Band 4, Berlin: Dietz Verlag 1974, S. 362.

⁶ So bis zum Schluss im Statut der SED. Protokoll der Verhandlungen des IX. Parteitag der SED, 18.-22. Mai 1976, Band 2, Berlin: Dietz Verlag 1976, S. 267.

Nichts, Chruschtschow in seiner Moskauer Wohnung mit Verbot, öffentlich aufzutreten, zuvor Molotow auf dem Botschafterposten in Ulan Bator.

3. Da die Politik der Partei die einzig wahre Realisation historischer Gesetzmäßigkeiten zu verkörpern beanspruchte, stand nie Politik als solche zur Debatte, sondern immer nur die Umsetzung des ‚richtigen‘ Kurses. Insofern wurde jede Form von tatsächlicher Gewaltenteilung abgeschafft. (Ihre partielle Einführung, etwa in Gestalt von Verwaltungsgerichtsbarkeit in Polen in den 1980er Jahren, war bereits eine Rückzugsoperation, die der Schwäche der Partei im Angesicht von Solidarnosc geschuldet war.) Das höchste Organ der Partei, das Politbüro, war oberste Exekutive, oberste Legislative, oberste Judikative und oberste Glaubens-Kongregation in einem. Das Politikverständnis blieb instrumentell. Die Wissenschaft, zumal im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften, die als Herrschaftswissenschaften angesehen wurden, mit der Philosophie an der Spitze, sollte dem Prinzip der ‚Parteilichkeit der Wissenschaft‘ subordiniert sein.
4. In diesem Sinne stellte sich die Partei mit ihrer ‚führenden Rolle‘ auch staatsrechtlich verankert über die Verfassungsordnung. Das monistische Herrschaftssystem war mit seinen Staatsorganen um die Partei gruppiert und seinerseits nach dem Prinzip des ‚demokratischen Zentralismus‘ aufgebaut, in der Regel war dies in den Verfassungen ausdrücklich festgelegt. Auch zum Recht war das Verhältnis instrumentell. Regulative Idee war nicht der Rechtsstaat, die Herrschaft des Rechts, sondern die von Staat und Recht als ‚Machtinstrumenten der herrschenden Klasse‘, praktisch des Politbüros.
5. Da Kapitalismus, und mit ihm der Profit, beseitigt sein sollte, wurden auch Basisinstitutionen wie Zins, Kredit usw. abgeschafft, was letztlich dazu führte, dass ‚sozialistische Planwirtschaft‘ vordergründig als Zuteilung von materiellen Ressourcen und Erteilung von Produktionsaufträgen der Zentrale (d.h. des Politbüros als des einzig autorisierten Akteurs) an die Betriebe umzusetzen versucht wurde. Auch dort, wo mit finanziellen Steuerungsinstrumenten experimentiert wurde, wie in Ungarn, verzichtete die politische Führung letztlich nicht auf den Zugriff auf die Ressourcen; die Wirtschaftsreformen fanden stets dort ihre Grenze, wo die Betriebe wirklich die Kompetenzen zur Preisbildung, Lohnfestlegung und Entlassung hätten erhalten sollen. Die Unterordnung der Produktion unter die politische Führung hatte schließlich zur Folge, dass niemand eine wirkliche Kosten-Nutzen-Rechnung der Volkswirtschaft und der einzelnen Wirtschaftszweige bzw. Unternehmen anstellen konnte. Technische Innovation wurde so erschwert. Im Endergebnis verengten sich die wirtschaftspolitischen Spielräume immer mehr. Westliche Kredite sollten seit den 1970er Jahren die Engpässe ausgleichen. Das Wort ‚Bankrott‘ des europäischen Kommunismus 1989 hatte so nicht nur eine metaphorische Bedeutung.
6. Da das beschriebene Gefüge – Anspruch der kommunistischen Staatspartei, eine ‚historische Mission‘ zu realisieren, eine ‚führende Rolle‘ zu spielen, immer recht zu haben, als der eigentliche Besitzer über die gesamte Volkswirtschaft zu verfügen, in der zugleich wirkliche Kosten-Nutzen-Rechnung verunmöglicht war – in jedem der kommunistischen Länder bestand, bewirkte dies, dass sich im kommunistischen Staatsgefüge unterschiedliche, in sich geschlossene Staatsgebilde bzw. Nationalwirtschaften gegenüberstanden. Tatsächliche Preisbildung, wirkliche Integration fand nicht statt, weder politisch, noch wirtschaftlich. Bis zum Schluss wurde im RGW bilateral bilanziert, konnten Guthaben Ungarns gegenüber der DDR nicht mit Verbindlichkeiten gegenüber der Sowjetunion verrechnet werden. Wenn weltwirtschaftliche Arbeitsteilung Entwicklungsstimuli freisetzen kann, was schon Marx wusste, so hatte das kommunistische System darauf verzichtet. Das Herrschaftssystem in seiner real existierenden Gestalt stand dem entgegen.

Die Art und Weise des Zusammenbruchs des kommunistischen Herrschaftssystems 1989/1991 war nicht zuletzt Folge seiner Eigenheiten. Die Erosion vollzog sich schrittweise, in einem Wechselspiel zwischen den Herrschenden und den Beherrschten, der Spitzenbürokratie, die sich als „Neue Klasse“⁷ hinter dem Rücken des Volkes konstituiert hatte (Ich folge hier der Begrifflichkeit und dem analytischen Verständnis von Milovan Djilas.), und dem herrschaftsunterworfenen Volk.

Die Ursprungsannahme von der naturhistorischen Notwendigkeit des Kommunismus war aus der Marx-schen Kapitalismus-Analyse abgeleitet und vermeinte, dass der Kapitalismus die von ihm selbst geschaffenen Produktivkräfte von einem bestimmten Entwicklungsniveau an nicht mehr meistern könne und daher neue Produktionsverhältnisse notwendig würden. Lenin hatte ganz in diesem Sinne betont, dass die

⁷ Milovan Djilas: Die neue Klasse. Eine Analyse des kommunistischen Systems, München: Kindler Verlag 1957.

Arbeitsproduktivität am Ende „das ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung“ sei.⁸ Die Abschwächung der Wirtschaftsdaten der osteuropäischen Länder setzte dann aber offenbar nicht zufällig in den 1970er Jahren ein. In der Phase fordristischer Großinvestitionen konnte der Kommunismus sichtbare wirtschaftliche Zuwächse erreichen; als es jedoch um Computer, Fax und kleinteilige Serien in der Produktion ging, zeigten alle Daten den Rückgang. Das Herrschaftssystem stand der Produktivität im Wege. Spätestens zu dieser Zeit war der utopische Gehalt des Kommunismus erschöpft. So hat jenes Herrschafts- und Gesellschaftssystem gerade auf jenem Felde der Produktivität „letztlich“ seine Niederlage erlitten.

Dies verband sich zugleich mit einem immer offensichtlicheren Demokratie-Problem: Die kommunistischen Verheißungen hatten sich in den 1980er Jahren zunehmend auch für jene als Illusion erwiesen, die zuvor das System getragen hatten. Damit war die offizielle Legitimationsgrundlage der *führenden Rolle* der kommunistischen Staatspartei, nämlich mit dem *Marxismus-Leninismus* immer alles besser zu wissen als andere Menschen, zerbrochen. Immer mehr Menschen forderten die Einführung der Demokratie als Grundlage politischer Entscheidungsfindung, für die wiederum die persönliche Freiheit und eine unregulierte politische Öffentlichkeit Voraussetzung waren.

Der sowjetische Afghanistan-Krieg hatte zunehmend auch die Friedensrhetorik des kommunistischen Systems bloßgestellt. Damit konnten auch Forderungen in Polen und Ungarn, die „Jalta“, d.h. die geopolitische Subordination unter Moskau im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges, in Frage stellen, zunehmend offener diskutiert werden. Insbesondere für die ostmitteleuropäischen Länder, Polen, Ungarn und Tschechien, war eine zentrale Forderung des Umbruchs: „Zurück nach Europa“. Sie war stets auch kulturell gemeint, nicht nur auf den Wohlstand bezogen.

II.

Damit komme ich zum zweiten Komplex, der mit „Postsozialismus“ benannt ist. Ich will ihn – im Sinne der oben benutzten Begrifflichkeit – präziser als post-kommunistisch bezeichnen. Zugleich verweist ein solcher Terminus auf eine fehlende eigene Bestimmung; es ist eine Negativ-Bestimmung, was es denn nicht mehr ist. Die heutigen Verhältnisse in Mittel- und Osteuropa sind jedoch nicht nur von den Hinterlassenschaften des kommunistischen Systems geprägt, sondern auch von drei anderen historischen Konstellationen: den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen vor dem Kommunismus sowie dem Verlauf des Systemwechsels im engeren Sinne und der nachfolgenden Gestaltung der Verhältnisse nach ihm. Polen war das entscheidende Land, in dem die Öffnung des kommunistischen Herrschaftssystems historisch erzwungen wurde. Nach der Unterdrückung von *Solidarność* als öffentlich agierender Organisation mit dem Kriegszustand Anfang der 1980er Jahre gelang es der kommunistischen Führung Polens unter General Jaruzelski nicht wieder, das kommunistische System in der herkömmlichen Weise zu stabilisieren. Die Lösung wurde schließlich in einem Elitenkompromiss gesucht (übrigens so ähnlich, wie in Spanien am Ende des Franco-Regimes): Der kompromissbereite Teil der Elite des alten Systems und der moderate Flügel der Systemopposition vereinbarten den *Runden Tisch*, um einen Ausweg aus der Patt-Situation zu finden – die Kräfte des alten Systems konnten nicht wie zuvor herrschen, die neuen Kräfte nicht gegen deren Willen die Macht übernehmen. Von Polen aus wanderte dann das Möbel auch nach Budapest und (Ost-)Berlin.

Der *Runde Tisch* traf in allen Fällen wesentliche Entscheidungen: Das Volk sollte entscheiden, wie es weitergeht. Dazu sollten freie Wahlen stattfinden, für die wiederum Koalitionsfreiheit und unregulierte Öffentlichkeit sowie Medienzugang Voraussetzung waren. Bereits dies bedeutete historisch den Verzicht auf den kommunistischen Machtanspruch, das Eingeständnis der historischen Niederlage. Zugleich wurde damit vereinbart, dass die alten Eliten mit ihren Parteien sich an diesen Wahlen beteiligen, sie blieben also – auf der Grundlage der Anerkennung der demokratischen Regeln – Bestandteil des politischen Spiels in nahezu allen Reformländern. Im Zuge dieser Vereinbarung wurden dann bereits vor den so genannten *Founding Elections* die „führende Rolle“ der kommunistischen Staatspartei aus der Verfassung gestrichen sowie ein demokratisches Wahlrecht und entsprechende Parteiengesetze geschaffen.

Die Systemwechselprozesse in den verschiedenen Ländern beeinflussten sich gegenseitig. Ein Bonmot aus jener Zeit – es stammt wohl aus Prag – sagte: „Es“ dauerte in Polen 10 Jahre, in Ungarn 10 Monate, in der

⁸ W.I. Lenin: Die große Initiative. In: Ders.: Werke, Bd. 29, Berlin 1971, S. 416.

DDR 10 Wochen, in der Tschechoslowakei 10 Tage und in Rumänien 10 Stunden. Dann war der Weg frei zu den neuen politischen Verhältnissen.

Die Parteiensysteme in den Reformländern konstituierten sich aus dieser Konstellation heraus, wie sie am Ende des kommunistischen Systems bestand und sich in der „Founding“-Phase ausprägte. Dabei wirkten drei Konstellationen:

1. Die bereits im alten System bestehenden Parteien setzten ihr Wirken unter den neuen Bedingungen fort. Die ehemaligen kommunistischen Staatsparteien wandelten – nach dem historischen Scheitern der kommunistischen Gesellschaft – ihre Programmatik und wurden zu sozialistischen bzw. demokratisch-sozialistischen Parteien. Im Falle Polens und Ungarns wurden sie auch in die *Sozialistische Internationale* aufgenommen, was im deutschen Fall, bezüglich der PDS, nicht möglich erschien, weil die alte, historische Sozialdemokratie schon da war. Die anderen, bereits früher bestehenden Parteien, die so genannten ehemaligen „Blockparteien“, machten sich überall, wo sie bestanden hatten, selbstständig und versuchten, auf dem neuen politischen Markt zu konkurrieren. Die polnische Bauernpartei beispielsweise stellte bereits 1993 den Ministerpräsidenten. Die CDU der DDR hatte 1990 die Wahlen zur DDR-Volkskammer gewonnen und trat mit der deutschen Vereinigung der westdeutschen CDU bei.
2. In einigen Fällen wurden „historische“ Parteien wieder gegründet, die mit der Stalinisierung der politischen Verhältnisse in den 1940er Jahren unterdrückt worden waren. Die „Partei der Kleinen Landwirte“ und die Christdemokratische Partei in Ungarn, die sich 1989 wieder konstituierten, setzten zunächst sogar die Parteistatuten von 1945 wieder in Kraft.
3. Die Vertreter der Systemopposition gründeten neue Parteien, die in Programmatik und Selbstverständnis in der Regel an westeuropäische Muster angelehnt wurden. So entstanden liberale, konservative, auch „grüne“ Parteien. Sie erreichten jedoch nur dann die Zustimmung der Wähler und eine länger wirkende Akzeptanz, wenn sie tatsächlich mit den Präferenzen der Wähler korrespondierten und ihnen Problemlösungskompetenz zugemessen wurde. Parteien, die in der Endphase des kommunistischen Systems eine wichtige Rolle gespielt hatten, konnten sich vielfach zunächst durchsetzen, wie etwa das „Ungarische Demokratische Forum“ 1990.

Für diese Parteiensysteme wurde am Ende charakteristisch, dass sie sich, ungeachtet der oben genannten unterschiedlichen Herkunft, auf einem Links-Rechts-Kontinuum verorten lassen. Die einzelnen Komponenten dessen – wie sind die politischen Positionen zu den demokratischen Freiheitsrechten, wie ist es mit den sozialen Sicherungssystemen usw. – unterscheiden sich jedoch von denen in Westeuropa. So wurden die Sozialistischen Parteien Polens und Ungarns beispielsweise Vertreter eines zielstrebigem Umbaus der Wirtschaftssysteme in Richtung EU-Kompatibilität.

Hinzu kommt, dass die Systeme der politischen Parteien in diesen Ländern nicht auf einer bereits bestehenden Sozialstruktur aufbauen konnten. Diese bildete sich ja erst mit den entstehenden Verhältnissen der Marktwirtschaft heraus. Insofern ist es, besonders in der „Founding“-Phase, charakteristisch, dass die individuelle Entscheidung, sich einer sozialistischen, konservativen oder liberalen Partei anzuschließen, auf einer kulturellen Ebene der persönlichen Präferenz getroffen wird. Wobei sich hier jedoch zeigte, dass familiäre Traditionen dabei eine Rolle spielten. So wurde Ungarn beispielsweise zeitweise von den „Enkeln“ der nach 1945 entmachteten und enteigneten alten Führungsschichten regiert.

Die „Founding-Elections“ 1989/1990 brachten – zumindest in Mitteleuropa – in der Regel einen Wahlsieg jener Kräfte mit sich, die die größte Gewähr dafür boten, dass das „kommunistische Experiment“ beendet wird. Das waren die Konservativen vom „Demokratischen Forum“ in Ungarn, die „Solidarnosc“-Kräfte in Polen und die CDU in der DDR. Die Bruchlinie (cleavage) *Kommunismus-Antikommunismus* spielte jedoch nur in diesen Founding-Elections eine zentrale Rolle. Spätere Versuche, diese weiter zu instrumentalisieren, scheiterten in aller Regel. Am deutlichsten zeigte sich dies, als Lech Walesa, der Führer von Solidarnosc von 1980, gegen den Sozialisten Kwasniewski 1995 die Präsidentenwahl verlor. Die Wähler interessierten sich nicht mehr in erster Linie für die Konfliktlinien der Vergangenheit, sondern dafür, dass die Katholische Kirche nunmehr versuchte, die Zivilgesellschaft zu dominieren und beispielsweise die Schwangerschaftsunterbrechung zu verbieten.

Die Bruchlinien „wanderten“ mit den späteren Wahlen. Entscheidend wurden die Problemfelder der Privatisierung („Wie wird das Eigentum gerecht privatisiert, oder geht es wieder nach den jeweiligen Partei-

büchern?⁹), die Ausgestaltung der Systeme der sozialen Sicherheit und vor allem die Anbindung an den Westen, vor allem hinsichtlich NATO- und EU-Beitritt.

Differenziert man die post-kommunistische Welt, so zeigen sich unterschiedliche Ergebnisse des Systemwechsels in Ost-Mitteleuropa, im Osten (Russland und andere frühere Sowjetrepubliken) und in Südosteuropa; hier vor allem auch vor dem Hintergrund der Zerfallskriege Jugoslawiens. Der Systemwechselprozess ist in Ostmitteleuropa (Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei; Estland, Lettland, Litauen; Slowenien) wohl am ergebnisreichsten verlaufen. Man kann nun darüber streiten, ob diese Länder deshalb so erfolgreich waren, weil sie sich von Anfang an auf den EU-Beitritt orientierten, oder ob sie deshalb so bald in die EU aufgenommen wurden, weil sie im inneren Systemwechsel die bekannten Ergebnisse erreicht haben. Die Parteien in diesen Ländern bzw. die politisch entscheidenden Gruppierungen stimmten schon sehr frühzeitig darin überein, ihre Länder möglichst rasch in die EU zu bringen.

Die sozialökonomischen Verhältnisse in den post-kommunistischen Ländern sind wieder „normal“ kapitalistisch. Der Entwicklungsrückstand Osteuropas (im weiteren Sinne) zum Westen, wie er bereits vor dem Kommunismus bestand, hat sich erneut reproduziert. Das Produktiveigentum wurde reprivatisiert. Trotzki hatte über die Perspektive der Neuen Klasse geschrieben: „Gelingt es der Bürokratie, durch Umwandlung der Form des Eigentums aus sich heraus eine besitzende Klasse zu schaffen, dann wird diese ihre eigenen, mit keiner revolutionären Vergangenheit verbundenen und – gebildeteren Führer finden.“⁹ So hat es denn in Russland und in anderen ehemaligen Sowjetrepubliken stattgefunden. Der Teil der Neuen Klasse, der die Verantwortung für die kommunistischen Verhältnisse abstreifen wollte, hat die Verteilung des Produktivvermögens unter sich vorgenommen, während in der Öffentlichkeit über Freiheit und Demokratie geredet wurde. Die Jelzinsche Verfassung schrieb diese Ordnung fest. Das ist der eine Pol: die Neue Klasse mausert sich zur neuen alten Klasse der Kapitaleigner. Der andere Pol wird von der Entwicklung in Ostdeutschland gebildet: die demokratischen Wahlsieger des Jahres 1990 gaben ihre Verantwortung bei der konservativen politischen Klasse der Bundesrepublik ab und hofften, dass jene die sozialen Probleme des Übergangs löst. Deren Beauftragte in der „Treuhandanstalt“ wiederum hatten nichts Eiligeres zu tun, als die Eigentumstitel hauptsächlich unter ihren westdeutschen bürgerlichen Klienten zu verteilen. Die Alimentierung der so freigesetzten ostdeutschen Bevölkerung durfte der deutsche Steuerzahler – in West und Ost – übernehmen. In den anderen postkommunistischen Ländern haben die alten und neuen Eliten die Eigentumstitel je nach politischem Kräfteverhältnis untereinander verteilt und hoffen auf den Westen.

Der Kommunismus war eine Sackgasse der Geschichte. Und die Geschichte ist wieder offen, vielleicht offener denn je. Allerdings unter der Voraussetzung eines globalen Zusammenwachsens und globaler Problemlagen von neuer Qualität. Das aber ist bereits ein anderes Thema.

III.

Damit kommen wir zum dritten Komplex, der mit „Nationalismus“ überschrieben wurde. Welche Rolle spielt er in den post-kommunistischen Gesellschaften? Was bedeutet das für die heutigen Entwicklungen?

Ich will zunächst mit einem Zitat beginnen. Gerhard Simon vom damaligen Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien schrieb im Jahre 1993 über die Entwicklungen in der Sowjetunion und in Ostmitteleuropa:

„Die Ideale von Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaft allein sind nicht stark genug, um die Völker zu mobilisieren und zum Handeln anzutreiben. Angesichts der Degeneration und des Verfalls des Kommunismus stand zunächst nur eine Alternative zur Verfügung: die Nation. Nur mit Hilfe der nationalen Idee konnte der Widerstand gegen die sowjetische Diktatur mobilisiert werden, und nur die nationale Idee bot eine ordnungspolitische Alternative für die Zukunft: den Nationalstaat.“¹⁰

Simon knüpft hier in gewissem Sinne an die deutschen Erfahrungen an: hatten im Grunde alle systemkritischen neuen Bürgerbewegungen in der DDR im Jahre 1989 eine demokratisch gewandelte DDR gefordert

⁹ Leo Trotzki: Stalins Verbrechen, Berlin: Dietz Verlag 1990, S. 327.

¹⁰ Gerhard Simon: Von der Einparteiendiktatur zum Nationalstaat, in: Aufbruch im Osten Europas. Chancen für Demokratie und Marktwirtschaft nach dem Zerfall des Kommunismus, München/Wien: Carl Hanser Verlag 1993, S. 19.

und nicht eine rasche Vereinigung mit der Bundesrepublik, so hatte vom Dezember 1989 bis zur Volkskammerwahl im März 1990 die Forderung nach rascher Vereinigung alle Vorstellungen von einer wie auch immer gearteten Fortexistenz der DDR oder ‚dritter Wege‘ hinweggefegt. Das was zuvor als „deutsche Frage“ in Gestalt der Zweistaatlichkeit debattiert worden war, wurde als nationale Vereinigung gelöst. Stellen wir das in den europäischen Kontext, so muss konstatiert werden: Es waren damals die Deutschen, die die Nations-Problematik in die europäische Geschichte wieder einbrachten. Die Nationsfrage hatte spätestens seit 1945 gleichsam ‚auf Eis gelegen‘, nachdem sie seit den nationalistischen Exzessen der 1920er Jahre und den Verbrechen des Faschismus und der Naziherrschaft in Deutschland, die im Namen der Nation begangen wurden und bis zum Holocaust und Auschwitz reichten, als erledigt gegolten hatte. Die deutsche Vereinigung hatte die Nation in Europa wieder auf die Tagesordnung gesetzt. In allen anderen Fällen jedoch, beim Zerfall der kommunistischen Vielvölkerstaaten Sowjetunion, Tschechoslowakei und Jugoslawien, erschien sie als Zerfall, als staatliche Verselbständigung. Und sie führte am Ende wieder bis zu Krieg und Bürgerkrieg, so in Jugoslawien und in Tschetschenien. Insofern ist eine linear positive Besetzung dieses Feldes, wie Simon sie forderte, spätestens seit jenen neuerlichen Kriegen obsolet.

Simons Argumentation war aber auch in anderer Hinsicht schon Anfang der 1990er Jahre fragwürdig. Wenn denn „Degeneration und Verfall“ des Kommunismus so weit vorangeschritten waren, wie er zu vermitteln versuchte, hätten doch die Ideen der Freiheit und der Demokratie ausreichen müssen, hätten diese nicht noch der nationalistischen Verstärkung bedurft. Offenbar war aber etwas anderes der Fall. Dazu müssen wir das Problem des Nationalismus genauer ansehen. Die Nation war mit der französischen Revolution von 1789 als Ort der Freiheit und der Bürgerrechte in die europäische Geschichte getreten. Sie blieb auch nach dem Wiener Kongress von 1815 eine positive Idee, geleitet von der „idealistischen Überzeugung, dass ein nach wirklich nationalen Gesichtspunkten geordnetes Europa ein gesünderes und friedlicheres Europa sein würde als eines, in dem unterworfenen Nationalitäten weiterhin unter fremder Herrschaft lebten“.¹¹ Das hatte nichts gemein mit dem Hurra-Patriotismus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts oder gar mit dem Chauvinismus des Zeitalters des Imperialismus.

Während des Ersten Weltkrieges dann traten die soziale und die nationale Komponente des Wunsches der armen Bevölkerungsschichten nach Verbesserung ihrer Lage in Widerspruch zueinander. Der Krieg wurde als tief greifende Erschütterung der Lebensordnung verstanden; die ärmeren Gesellschaftsschichten, die als Soldaten in den Schützengräben, als Arbeiterinnen in der Rüstungsindustrie oder einfach als hungernde Zivilbevölkerung die Hauptlast des Krieges zu tragen hatten, lehnten Krieg, Militärdienst und Kriegswirtschaft ab und wollten Frieden. Das versprachen sich viele zunächst von der sozialistischen Revolution. Als aber Anfang 1918 deutlich wurde, „daß es ein Wilsonsches und kein sowjetisches Europa geben würde“¹², wandten sich viele der Idee der nationalen Unabhängigkeit zu, von der sie sich nun diese Besserung der Lage erwarteten. Der Zerfall des Habsburger Reiches, des russischen Reiches und des Osmanischen Reiches waren die Folge. Die Bolschewiki, die 1917 ihre Macht in Russland errichtet hatten, sammelten jedoch im Namen des „Proletarischen Internationalismus“ die „russische Erde“ wieder ein. Ebenso erfolgte die Wiedergründung Jugoslawiens, das Hitler im Zweiten Weltkrieg im Namen des Nationalismus und der deutschen Machtansprüche zerschlagen hatte, durch die jugoslawischen Kommunisten im Namen des „Internationalismus“. Insofern zielte Simons Perspektive auf ein Konzept, nicht die kommunistischen Vielvölkerstaaten als Ganzes im Sinne von Freiheit, Demokratie und Bürgerrechten nach dem Kommunismus umzugestalten, sondern diese zu zerschlagen. Das allerdings korrespondierte auf eigenartige Weise mit den nationalistischen Intentionen der ehemaligen kommunistischen Führer, wie Milosevic und Tudjman in Jugoslawien oder Schewardnadse in Georgien und Alijew in Aserbaidshan, die auf diesem Wege ihre neue Macht zu befestigen gedachten.

Betrachten wir die Nation nun nicht einfach als ideologische Schimäre, sondern als sozialhistorische Kategorie, so hat sie etwas mit Kapitalismus, Verfassungsstaat, Bürgerrechten, einheitlichem Rechtsraum, Nationalökonomie sowie vereinheitlichtem Sprachraum und Bildungswesen zu tun.¹³ In diesem Sinne ist der Nationsbildungsprozess historisch so weit reichend, bis alle Völker sich als Nationen konstituiert haben. Vor diesem Hintergrund ist dann Helmuth Plessners Vorstellung der deutschen Nation als einer

¹¹ Gordon A. Craig: Geschichte Europas 1815-1980, München: Verlag C.H.Beck 1989, S. 16.

¹² Eric J. Hobsbawm: Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780, München: DTV 1996, S. 153.

¹³ Aktuelle Debatten dazu: Erhard Crome: Die Linke und ihr Verhältnis zu Nation und Nationalstaat. Die Nation zwischen Europäischer Union und Regionen, Manuskripte 28, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, Dezember 2001; Michael Jäger (Hrsg.): Globalisierung, Nation, Internationalismus. Orte des Widerstands – eine linke Debatte, Berlin: Edition Freitag 2002.

„verspäteten“ im Vergleich zu der französischen oder englischen hilfreich, um die Denkfigur des „deutschen Sonderweges“ im 20. Jahrhundert zu begründen, nicht aber analytisch, um die derzeitigen Entwicklungen im Osten Europas zu verstehen. Dort finden z. T. noch Nationsbildungsprozesse statt, die denen im Westen Europas im 18. und 19. Jh. durchaus vergleichbar sind. Aber auch dieses Bild täuscht. Betrachten wir das, was derzeit in Schottland, Katalonien oder im Baskenland stattfindet, so ist dies mit den osteuropäischen Entwicklungen durchaus vergleichbar. Wir haben es in Europa, auch im EU-Europa, mit fortwirkenden Nationsbildungsprozessen zu tun.

Damit sind wir bei der Frage nach der Rolle der Europäischen Union in diesem Prozess. Die Europäische Union befindet sich heute in einem eigenartigen Schwebezustand zwischen „mehr als Staatenbund“ und „noch nicht Bundesstaat“. In diesem Zustand wird sie noch lange Zeit verbleiben, da die Nation als Gestalt des Zusammenlebens der Menschen in absehbarer Zeit nicht verschwinden wird. Dennoch tendiert die Europäische Union zu gewaltenteilender Ausformung ihrer Institutionen. Im schrittweisen Ausbau der Rechte des Europäischen Parlaments, von den Haushaltsrechten bis zu seiner Rolle bei der Bestellung der Europäischen Kommission, vollziehen sich Entwicklungen nach, wie sie sich auf nationaler Ebene in der Ausgestaltung der parlamentarischen Demokratie gegenüber dem Gottesgnadentum der absolutistischen Könige in den vergangenen Jahrhunderten abgespielt haben. Dabei werden auch die Kompetenzen der Kommission sich erweitern müssen, hin zu einer Quasi-Regierung Europas, während der Europäische Rat zu einer Art Zweiter (Staaten- bzw. Nationen-) Kammer wird, die zwar weitgehende Veto-Rechte, aber nicht wie bisher das maßgebliche Entscheidungsrecht haben wird. Auf dem Wege dorthin werden noch viele Hindernisse zu überwinden sein. Die innere Logik der bereits eingeleiteten Entwicklungsprozesse läuft jedoch in diese Richtung. Umso mehr gewinnt das Subsidiaritätsprinzip, die klare Abgrenzung der Kompetenzen von Unions-, nationalstaatlicher und regionaler Ebene an Bedeutung. Am Ende dessen rückt auch die Vergemeinschaftung sensibler Felder der Außen- und Sicherheitspolitik auf die Tagesordnung, bisher bevorzugte Gebiete nationaler Souveränitätsbekundung.

Die Osterweiterung der Europäischen Union ist logische Konsequenz der Großen Europäischen Wende von 1989/90, der Umbrüche in Osteuropa. Der Sturz der kommunistischen Herrschaftssysteme erfolgte, zumindest in Ostmitteleuropa, auch unter der Losung „Zurück nach Europa!“. Gesellschaften, wie die Ungarns oder Polens, haben die Unterordnung unter das sowjetische Gesellschaftsmodell bzw. die Einordnung in das sowjetische Imperium immer auch als kulturelle Zumutung empfunden. Insofern war der Antrag auf EU-Beitritt nicht in erster Linie der Griff nach der Banane, sondern Konsequenz des Systemwechsels sowie der eigenen Geschichte und Identität. Dabei können sich die ostmitteleuropäischen Staaten und Regierungen auf die westeuropäischen Bekundungen berufen. So wurde in der Präambel des Vertrages über die Gründung der EWG von 1957 formuliert, sie sei verbunden „mit der Aufforderung an die anderen Völker Europas, die sich zu den gleichen hohen Zielen bekennen, sich diesen Bestrebungen anzuschließen“. Im Artikel 237 hieß es: „Jeder europäische Staat kann beantragen, Mitglied der Gemeinschaft zu werden.“¹⁴ Nach 1989 konnten die osteuropäischen Völker alle erklären, dass sie sich „zu den gleichen hohen Zielen“ von Demokratie, freier Presse und Marktwirtschaft bekennen, und sie stellten den Antrag. Nun begann jedoch die innere Logik des Vereinswesens zu walten. Organisationssoziologisch war dies keineswegs überraschend. Wie bei jedem Verein entscheiden auch hier die gesetzte Ordnung und die Mitglieder, also jene, die dem Verbund bereits angehören, wer außerdem eintreten darf, und die anderen, die nicht hinein wollen oder dürfen, sind draußen. Der Unterschied zwischen den Dazugehörigen und den Anderen bleibt stets bestehen; es ändert sich nur ihre Zahl und die Grenze der Ausdehnung des Gefüges. Der Kompromiss besteht nun darin, dass die Osterweiterung schrittweise vor sich gehen soll, verbunden mit spezifischen Übergangsformen und -fristen. Das historische Wesen des Prozesses aber ist, dass die in der EU verkörperten Strukturen auf Ostmittel- und Südosteuropa erstreckt werden.

Für die Regionen (im Sinne kleinerer Einheiten, als es die Nationalstaaten sind) hat die EU nicht nur Bedeutung als Träger von Ausgleichsmaßnahmen in den Ländern (Strukturfonds, Kohäsionsfonds; Regionalförderung für Gebiete mit Entwicklungsrückstand, mit Strukturwandlungsprozessen, für dünn besiedelte Regionen, den ländlichen Raum), sondern mit den vielfältigen Euro-Regionen auch in den grenznahen Räumen die Ländergrenzen übergreifend. Hier wirken die Instrumente der Union gerade ausgleichend unter Unionsperspektive und ausdrücklich über die nationale Regelungskompetenz hinausweisend. Hinzu kommt, und dies wird meist übersehen, dass allein die Existenz der EU dazu beiträgt, regionale Konflikte, in denen sich eigentlich Auseinandersetzungen um nationale Identitäten manifestieren, zu entschärfen. So

¹⁴ Zitiert nach: Curt Gasteyer: Europa zwischen Spaltung und Einigung 1945-1990, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 285, Bonn 1990, S. 160 und 177.

heißt es bei Santiago Petschen, einem katalonischen Autor, im Zusammenhang mit der auswärtigen Politik Kataloniens:

„Wenn eine Region per definitionem Teil eines Ganzen ist, stellt eine Nation zum einen eine besondere Einheit dar und muss zum anderen auch in den anderen Einheiten vertreten sein. Die Region hingegen handelt in ihrer Projektion nach außen mit einer besonderen Funktionalität, mehr nicht. Sie ist nicht gezwungen, das Bedürfnis ihrer Bürger nach universaler Repräsentation ihres Verbandes zu befriedigen, da dies über den Gesamtstaat bereits geschieht. Sollte sich eine Region jedoch auch als Nation begreifen, kann sie auf eigene universale Repräsentation nicht verzichten. Sie würde sich ihren Handlungsspielraum selbst beschneiden. Daraus abgeleitet sucht Katalonien folgende Ziele in seiner internationalen Politik zu verwirklichen: a) seine nationale Eigenständigkeit wiederzuerlangen und zu sichern, b) die wirtschaftlichen Beziehungen zu entwickeln und seine Kultur zu verbreiten.“¹⁵

Hier zeigt sich, dass der Nationsprozess nicht ein für allemal abgeschlossen ist, sondern ein lebendiger Entwicklungsvorgang bleibt. Dies kann zu Nationskonstituierungsprozessen durch Zusammenschluss führen, siehe deutsche Vereinigung von 1990, oder auch durch Absonderung.

Nationale Eigenständigkeit im Sinne Petschens muss aber nicht notwendig die Herausbildung eines souveränen (im völkerrechtlichen Sinne) Staates sein. Es kann auch eine wachsende Selbständigkeit in vor allem wirtschaftlichen und kulturellen Belangen sein, bei Fortbestehen einer mehr oder weniger lockeren Verbindung mit dem bisherigen Gesamtstaat. In ähnlichem Sinne gilt für Schottland:

„Ob also der nationalistischen Option einer eigenstaatlichen Mitgliedschaft Schottlands in der EU verstärkte Attraktivität zukommt, hängt weiterhin vor allem von der pragmatischen Fähigkeit der britischen Zentralregierung ab, schottische Interessen in ihrer Makrodiplomatie zu integrieren.“¹⁶

Aus der Sicht der Nation und des Nationalstaates wird politische Autorität in zwei Richtungen abgegeben, nach „oben“, an supranationale Institutionen, und nach „unten“, an subnationale, regionale Einheiten.¹⁷ Damit wird das Verhältnis zwischen dem Gesamtstaat, der historisch als Nationalstaat konzipiert und realisiert war, und der Region, die sich selbst als Nation versteht, zu einer Frage der politischen Aushandlung zwischen der Regionalvertretung und der Zentralregierung, nicht mehr hierarchischer Gewaltanwendung, wie sie für die Herausbildungsphasen der Nation charakteristisch war. Entwicklungen wie in Nordirland oder im Baskenland widersprechen dem nicht grundsätzlich; die Zentralregierung antwortet mit Gewalt, weil die Separatisten zur Gewalt gegriffen haben, und dies gerade deshalb, weil sie nicht die Mehrheit der Bevölkerung, die zu vertreten sie vorgeben, hinter sich haben. Auf jeden Fall verweisen die Beispiele Katalonien und Schottland darauf, dass eine pragmatische Lösung – anders als etwa im Prozess des Zerfalls der Habsburger Monarchie oder Jugoslawiens – gerade deshalb möglich ist, weil die beteiligten Akteure über die Kompetenz Madrids oder Londons, sie zu vertreten, verhandeln, nicht aber auch nur auf die Idee kommen, aus der EU austreten zu wollen.

So, wie die EU die Bedeutung der inneren Grenzen relativiert hat, indem sie bei deren grundsätzlicher Anerkennung diesen durch Vertiefung der Zusammenarbeit und Realisation der Freiheit der Bewegung von Personen, Dienstleistungen und Waren ihren trennenden Charakter genommen hat, so relativiert sie auch die Bedeutung der einst für heilig gehaltenen nationalen Unabhängigkeit, ja den Nationalstaat selbst. Darauf haben sich die mittel- und osteuropäischen Länder mit ihrem Beitritt zur Europäischen Union ebenfalls eingelassen.

¹⁵ Santiago Petschen: Kataloniens internationale Politik: Zum auswärtigen Handeln einer spanischen *Comunidad Autónoma*, in: Raimund Krämer (Hrsg.): Regionen in der Europäischen Union, Potsdamer Textbücher Band 1, Berlin 1998, S. 146.

¹⁶ Klaus Stolz: Scotland Europa: Paradiplomatischer Akteur einer staatslosen Nation? In: ebenda, S. 141.

¹⁷ Unter Bezugnahme auf den amerikanischen Politikwissenschaftler James Rosenau dazu Raimund Krämer: Regionen als internationale Akteure – Eine Vorverständigung, in: ebenda, S. 13.